

*Frau
Präsidentin des Burgenländischen Landtages
Verena Dunst
Landhaus
7000 Eisenstadt*

Eisenstadt, am 05. Mai 2022

Selbständiger Antrag

**der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Roland Fürst, Kolleginnen
und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Maßnahmen zur
Bekämpfung der Inflation**

Der Landtag wolle beschließen:

EntschlieÙung

des Burgenländischen Landtages vom betreffend Maßnahmen zur Bekämpfung der Inflation

Die Inflation in Österreich ist auf einem mehr als 40-jährigen Rekordhoch. Aktuell hat sich die Inflationsentwicklung noch einmal beschleunigt. Laut der Statistik Austria lag die Preissteigerung im März 2022 bei 6,8 Prozent, zuletzt war sie nur im November 1981 so hoch.

Die dramatische Situation verschärft sich seit Wochen in den Bereichen Energie, Wohnen und Nahrungsmittel. Die Konsequenzen der Preissteigerung sind teilweise dramatische Einkommensverluste für die Menschen, denn die Entwicklung der Löhne und Gehälter hält mit diesen Preissteigerungen nicht mehr mit. Anfang April wurde bereits mit dem Sinken der Reallöhne im Jahr 2022 von -2,3 Prozent gerechnet, „das sei der stärkste bisher gemessene Rückgang der Pro-Kopf-Löhne, seit es dazu Statistiken gebe“, so der Wifo-Chef Felbermayer im Kurier vom 25.03.2022.

Für viele, die solche Teuerungen noch nie erlebt haben, werden die exorbitanten Preissteigerungen in den wesentlichsten Bereichen des täglichen Lebens existenzbedrohend. Die Zahl derer, die nur mehr in den Sozialmärkten ihre alltäglichen Einkäufe machen können, steigt. Diese Armutswelle könnte durch einen bundesweiten Mindestlohn von 1.700 Euro netto im Monat verhindert werden. Darüber hinaus muss gerade in Zeiten einer Rekordinflation eine jährliche Anpassung der Einkommenssteuertarife an die Inflation erfolgen, damit eine Lohnerhöhung auch ihre tatsächliche Wirkung entfaltet. Zusätzlich muss seitens der Bundesregierung auch eine soziale und zielgruppengerechte Umverteilung, wie beispielsweise im Burgenland durch den Klima- und Sozialfonds, erfolgen. Eine Gießkannenlösung, wie der Energiegutschein, der an alle Haushalte gesendet wird egal ob anspruchsberechtigt oder nicht stellt keine sozial gerechte und strukturelle Unterstützung dar. Zusätzlich müssen Preisobergrenzen bei Grundnahrungsmitteln (wie z.B. Butter, Brot, Milch, Nudeln, Kartoffeln, etc.) eingeführt werden, damit der Lebensmitteleinkauf nicht zum Luxus wird. Damit durch diese Maßnahme nicht heimische Produzenten Umsatzeinbußen, insbesondere aufgrund gestiegener Energiepreise, erleiden muss es hier Ausgleichszahlungen seitens des Bundes geben. Die Steuermehreinnahmen durch die Inflation belaufen sich auf ca. 11 Milliarden Euro. Gerade diese Mehreinnahmen müssen sozial umverteilt und zur Finanzierung der aufgezählten Maßnahmen herangezogen werden. Darüber hinaus können durch die verstärkte Besteuerung von Millionen-Vermögen zusätzliche Einnahmen für Maßnahmen zur Abfederung der Inflation lukriert und sozial umverteilt werden.

Auf der anderen Seite hat die Regierung kein Problem damit die Konzernsteuern für Unternehmen um fast 1 Milliarde Euro zu senken, auch für jene Konzerne, die gerade Rekordgewinne durch die Teuerung machen. Gleichzeitig wälzt der Finanzminister Überlegungen zur Abschaffung der Kapitalertragssteuer auf

Wertpapiere (Spekulationssteuer), belohnt also auch jene Menschen, die auf steigende Energie- und Lebensmittelpreise wetten und damit die Preise weiter nach oben treiben. Allein diese beiden Maßnahmen kosten dem Staatshaushalt jährlich 1,5 Milliarden Euro. Wer 1,5 Milliarden Euro jedes Jahr an Konzerne und Spekulant:innen verschenken möchte, wird hoffentlich kein Problem damit haben einmalig 1,5 Milliarden Euro in die Aussetzung der Mehrwertsteuer für Lebensmittel des alltäglichen Bedarfs zu investieren. Es wäre eine Investition, die sich lohnen würde - ein durchschnittlicher Haushalt könnte dadurch im Jahr bis zu 500 Euro beim Lebensmitteleinkauf sparen. Im Rahmen der Covid-19-Unterstützungsleistungen für Unternehmen handelte die Bundesregierung sehr schnell. Es wurden Milliarden vor allem an Großunternehmen und abseits der parlamentarischen Kontrolle über die COFAG ausbezahlt.

Österreich ist eines der reichsten Länder der Welt und kann Maßnahmen zur finanziellen Absicherung der Menschen umsetzen. Die Bundesregierung ist daher dringend gefordert, alle Möglichkeiten, die einer starken Preissteigerung entgegenwirken, zu ergreifen. Die Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel und Lebensmittel des alltäglichen Bedarfs soll daher umgehend befristet ausgesetzt werden, damit Lebensmittel für alle leistbar bleiben und es keinen Sturm auf die Sozialmärkte gibt.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, diese möge

- im Sinne der Antragsbegründung Maßnahmen setzen um die Auswirkungen der Inflation sozial und gerecht abzufedern und diese mit den Steuermehreinnahmen aus der steigenden Inflation sowie einer verstärkten Besteuerung von Millionen-Vermögen gegenfinanzieren.